

Vorlage Nr.: 2025/0710

Eingang: 22.07.2025

"Graue Wölfe" in Karlsruhe: Erkenntnisse über Aktivitäten der rechtsextremen Gruppierung Anfrage: SPD

Gremien	Termin	TOP	Ö / N	Zuständigkeit
Gemeinderat	30.09.2025	35	Ö	Kenntnisnahme

1. Liegen der Stadt Karlsruhe bzw. den zuständigen Sicherheitsbehörden Erkenntnisse über Aktivitäten oder Strukturen der rechtsextremen Bewegung „Graue Wölfe“ im Stadtgebiet Karlsruhe vor?
2. Gibt es Hinweise darauf, dass Karlsruher Vereine, Kulturzentren oder Veranstaltungen ideologisch oder organisatorisch von Gruppierungen beeinflusst werden, die dem Umfeld der „Grauen Wölfe“ zuzuordnen sind?
3. Wie bewertet die Stadt die Gefahr, die von solchen Strukturen für das demokratische Miteinander, für Menschen mit Migrationsgeschichte oder für religiöse und gesellschaftliche Minderheiten in Karlsruhe ausgehen könnte?
4. Welche Maßnahmen trifft die Stadt, um zivilgesellschaftliche Aufklärung zu stärken und möglichen rechtsextremen Einflüssen im lokalen Vereinsleben präventiv zu begegnen?

Begründung/Einordnung:

Rechtsextremistische Strukturen gefährden das friedliche Zusammenleben und die offene Gesellschaft – unabhängig davon, ob sie sich religiös fundamentalistisch, völkisch oder nationalistisch inszenieren. Die vom Verfassungsschutz beobachtete Bewegung der „Grauen Wölfe“ zählt mit rund 15.000 Anhänger*innen bundesweit zu den größten extremistischen Gruppen. Sie tritt offen rassistisch, antisemitisch und antikurdisch auf.

Wie die Berichterstattung jüngst aufgezeigt hat (BNN, 21.06.2025), ist die Szene auch in Baden-Württemberg aktiv – teilweise mit organisatorischer Nähe zu Vereinen und Veranstaltungen, die öffentlich als Kultur- oder Sportangebote auftreten. Der Verfassungsschutz warnt vor einer schleichenden Einflussnahme im kommunalen Raum.

Die Stadt Karlsruhe hat sich immer zu Vielfalt, Demokratie und Menschenrechten bekannt. Umso wichtiger ist es, auch in diesem Fall wachsam zu bleiben und der Frage nachzugehen, ob und in welcher Form sich die „Grauen Wölfe“ in Karlsruhe bewegen. Dabei geht es ausdrücklich nicht um Generalverdacht, sondern um Transparenz, Aufklärung und Prävention – im Schulterschluss mit den Vereinen und Communities, die sich für ein friedliches Miteinander einsetzen.

Ein solidarischer Appell an alle demokratischen Akteur*innen gehört für uns als SPD ebenso dazu wie eine klare Haltung gegen jede Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit – egal aus welchem ideologischen Lager.

Unterzeichnet von:

Dr. Anton Huber

Mathias Tröndle

Elke Ernemann